

„Die Weigerung des Westens, zu einem Waffenstillstand aufzurufen, ist ein grünes Licht für die ethnische Säuberung des Staates Israel“

Richard Falk, middleeasteye.net, 24.10.23

Die westlichen Staaten haben den gesetzlosen Extremismus des Staates Israel und dessen möglicherweise angestrebtes Ziel gedeckt – die umfassende Enteignung und ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes.

Ein Evakuierungsbefehl, der für 1,1 Millionen Palästinenser im nördlichen Gazastreifen innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden sollte, ohne dass eine angemessene Frist für die Vorbereitung einer solchen gefährlichen Abreise von ihren langjährigen Wohnorten vorgesehen war, wurde mit dem Fehlen eines sicheren und bewohnbaren Ortes für die Palästinenser verschärft. Eine solche Maßnahme stellt eine extreme kollektive Bestrafung dar, die nach Artikel 33 des Genfer Abkommens IV verboten ist. Sie hat weniger mit Sicherheit zu tun als damit, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben und dadurch die Endspiel-Visionen der extremistischen israelischen Koalitionsregierung umzusetzen.

In der Lawine emotionsgeladener Kommentare zum Angriff palästinensischer Kämpfer auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden israelischen Übergriff auf den Gazastreifen scheinen Medien und Politiker vergessen zu haben, dass der Gazastreifen aus völkerrechtlicher Sicht weiterhin ein besetztes Gebiet ist. Es unterliegt der Vierten Genfer Konvention (Genf IV).

Obwohl die israelische Regierung 2005 einseitig ihren „Rückzug“ aus dem Gazastreifen verkündete, endeten damit nicht die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Staates Israel. Er zog seine Truppen zurück, löste 21 Siedlungen auf und vertrieb 8.000 Siedler (was durch eine Entschädigung von Hunderttausenden von Dollar für jede unrechtmäßig angesiedelte Familie einigermaßen ausgeglichen wurde). Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kam zu diesem Schluss und begründete dies damit, dass der israelische Rückzug weder die bestehende israelische Kontrolle über den Gazastreifen beendete, noch dem Gebiet die Möglichkeit gab, eine autonome politische Entwicklung zu erleben.

Vielmehr beinhaltete der Prozess eine invasive Verlegung der militärischen und polizeilichen Besatzungstruppen an die Grenzen des Gazastreifens, einschließlich der totalen Kontrolle über die Ein- und Ausreise von Palästinensern sowie Ein- und Ausfuhr von Gütern an den Grenzübergängen, und die fortgesetzte exklusive Herrschaft über den Luft- und Seeraum des Gazastreifens.

Diese Besatzungsstruktur wurde nach 2005 durch häufige israelische Übergriffe verschärft, darunter gezielte Ermordungen von politischen und militärischen Hamas-Funktionären ², beängstigende Überschallknalle ³ von überfliegenden israelischen Kampffjets und große Militäroperationen in den Jahren 2008-09, 2012, 2014 und 2021, bei denen der Staat zahlreiche Kriegsverbrechen beging.

Darüber hinaus ist die verarmte Bevölkerung des Gazastreifens seit 2007 wegen der scharfen „Straf“-Blockade mit der weltweit höchsten Arbeitslosenquote ⁴ konfrontiert und erlebt kollektiv einen lebensbedrohlichen wirtschaftlichen Niedergang.

Das kriminelle Verhalten des Staates Israel gegenüber dem Gazastreifen wurde vor allem im Goldstone-Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2009 dokumentiert ⁵, dessen Empfehlungen wegen des politischen Drucks, der zugunsten des Staates Israel ausgeübt wurde, nicht umgesetzt wurden.

Diese typische Erfahrung, dass die Politik und die Praktiken des Staates verurteilt, aber keine präventiven oder strafenden Maßnahmen unternommen werden, die vorgeschlagen wurden, hat sich immer wieder wiederholt, was die palästinensische Desillusionierung gegenüber den Vereinten Nationen und dem Völkerrecht erklärt.

Unverhältnismäßige Reaktion

Die Frage nach dem Rechtsstatus des Gazastreifens ist von großer Bedeutung für die wahllosen und unverhältnismäßigen israelischen Vergeltungsmaßnahmen, die von Israel und seinen Anhängern als Racheakt mit dem Ziel der Zerstörung der Hamas gerechtfertigt wurden.

Die Operation der palästinensischen Kämpfer vom 7. Oktober innerhalb Israels, bei der mehr als 1.400 Israelis getötet und etwa 200 Geiseln genommen wurden, war selbst ein eindeutiges Kriegsverbrechen.
⁶

Weder der Angriff der palästinensischen Kämpfer noch die Reaktion des Staates Israel sind frei von den Einschränkungen des Rechts und der Moral. Einfach ausgedrückt: Die begangenen Verbrechen berechtigen nicht zu straflosen israelischen Vergeltungsmaßnahmen für Kriegsverbrechen.

Folgender zentrale Punkt ist in der öffentlichen Diskussion bisher untergegangen: Genauso wenig wie die bewaffneten palästinensischen Gruppen die Befugnis hatten, Kriegsverbrechen zu begehen, weil sie durch jahrzehntelange kriminelle Handlungen des Staates Israel massiv provoziert wurden, hat der Staat Israel die Berechtigung, bei seinen Vergeltungsmaßnahmen außerhalb der Grenzen des Gesetzes zu handeln.

Die Beziehung zwischen dem Staat Israel und der Hamas wird in den meisten Medien und in den politischen Stellungnahmen einflussreicher westlicher Politiker nicht in einem angemessenen internationalen Zusammenhang dargestellt, obwohl dies für die Interpretation der zugrunde liegenden rechtlichen, moralischen und politischen Fragen von entscheidender Bedeutung ist.

Der Staat Israel hat sich einer extrem aufhetzenden und ausufernden Sprache bedient, um seine Vergeltungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Dieser gesetzlose israelische Extremismus wurde von den Regierungen der USA, Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens stillschweigend gebilligt. In solchen Verlautbarungen wird die Verpflichtung der Besatzungsmacht, die von ihr kontrollierten Gebiete so zu verwalten, dass der Schutz und das Wohlergehen der besetzten Zivilbevölkerung Vorrang haben, nicht erwähnt. Die Besatzungsmacht hat das Recht, ihre Sicherheit so zu gewährleisten, dass Nichtkombattanten respektiert und geschützt werden.

Aus einer solchen Perspektive ist es konzeptionell irreführend und normativ inakzeptabel, dass der Staat Israel einem besetzten Gebiet den Krieg erklärt, als ob die einheimische Verwaltungsbehörde eine feindliche ausländische Regierung wäre – aber genau das hat der Staat Israel getan, einschließlich der völkermörderische Belagerung.

Völkermörderische Belagerung

Israel hat dem Gazastreifen den totalen Krieg erklärt und eine völkermörderische Belagerung auferlegt, die die Versorgung mit Lebensmitteln, Strom und Treibstoff unterbrochen hat, es trifft keinerlei Vorkehrungen, um die Zivilbevölkerung auszunehmen – von denen die meisten keinen direkten Kontakt zu den militärischen Aktivitäten der Hamas haben.

Artikel 55 des Genfer Abkommens IV 7 verpflichtet Israel als Besatzungsmacht, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die in dem von ihm „besetzten“ Gebiet leben, ausreichend mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten versorgt werden. Die wahllosen Vergeltungsmaßnahmen des Staates Israel umfassen jedoch wiederholte nächtliche Luftangriffe auf Wohngebiete sowie verbotene Attacken auf Krankenhäuser, Schulen und UN-Gebäude, in denen viele Palästinenser unter diesen außergewöhnlichen Bedingungen Schutz gesucht haben. 8

Ein Evakuierungsbefehl, der für 1,1 Millionen Palästinenser im nördlichen Gazastreifen innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden sollte, ohne dass eine angemessene Frist für die Vorbereitung einer solchen gefährlichen Abreise von ihren langjährigen Wohnorten vorgesehen war, wurde mit dem Fehlen eines sicheren und bewohnbaren Ortes für die Palästinenser verschärft. 9 Dadurch wurden die Gefahren für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen – und ihr Leiden – noch vergrößert. Eine solche Maßnahme stellt eine extreme kollektive Bestrafung dar, die nach Artikel 33 des Genfer Abkommens IV verboten ist. 10 Sie hat weniger mit Sicherheit zu tun als damit, die Palästinenser aus dem Gazastreifen zu vertreiben und dadurch die Endspiel-Visionen der extremistischen israelischen Koalitionsregierung umzusetzen.

Es sei darauf hingewiesen, dass Michael Lynk, der UN-Sonderberichterstatter für Palästina, der Organisation einen detaillierten Bericht vorgelegt hat, in dem er darlegte, warum Israels Autorität als

Besatzungsmacht beendet werden sollte, da das Land die geltenden internationalen Menschenrechtsvorschriften nicht einhält.

Diese Empfehlung wurde von den Vereinten Nationen ignoriert, aber die Generalversammlung war über Israels Verhaltensweise im besetzten Palästina so beunruhigt, dass sie den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten über die fortdauernde Rechtmäßigkeit von Israels Status als Besatzungsmacht im Zusammenhang mit Genf IV ersuchte. Der Fall wird derzeit vom Gerichtshof geprüft. 11

Wenn der Westen die doppelten Standards, die während der humanitären Katastrophe im Gazastreifen an den Tag gelegt werden, weiterhin unterstützt, ist dies ein Hinweis darauf, dass die postkoloniale Welt nach wie vor ein Ethos des orientalischen Rassismus an den Tag legt, wenn es um Fragen des Friedens und der Gerechtigkeit im Nahen Osten geht.

Indem sie sich nicht für einen Waffenstillstand eingesetzt haben, haben die westlichen Staaten grünes Licht für die israelische Agenda der kollektiven Bestrafung gegeben, die selbst ein grotesker Deckmantel für das Endziel des Regimes sein könnte, die massive Enteignung und ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes.

Richard Falk ist Wissenschaftler für internationales Recht und internationale Beziehungen, er lehrte vierzig Jahre lang an der Princeton University. Im Jahr 2008 wurde er von den Vereinten Nationen für eine sechsjährige Amtszeit zum Sonderberichterstatter für die Menschenrechte der Palästinenser ernannt.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-war-west-refusal-cease-fire-complicit-ethnic-cleansing>

1 <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/israel-army-delivers-eviction-orders-gaza-settlements>

2 <https://www.theguardian.com/world/2004/mar/22/israel1>

3 <https://www.aljazeera.com/news/2006/1/2/israeli-sonic-booms-terrorising-gaza>

.... Tief fliegende F-16-Kampffjets durchbrechen die Schallmauer über bewohnten Gebieten und erzeugen donnernde Schockwellen, die Gebäude erschüttern, Fensterscheiben zerbrechen, Türen aufsprengen und weit verbreitete Panik, Angst und Hysterie auslösen.....

4 <https://www.nbcnews.com/news/world/gaza-has-highest-unemployment-rate-world-bank-report-n364711>

5 <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/special-sessions/session9/fact-finding-mission>

6 <https://www.hrw.org/news/2023/10/18/israel/palestine-videos-amas-led-attacks-verified>
<https://www.reuters.com/world/middle-east/what-do-we-now-about-amas-hostages-2023-10-19/>

7 https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.33_GC-IV-EN.pdf

8 <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/save-children-says-schools-and-hospitals-cannot-be-target-least-500-people-killed-gaza>

9 <https://apnews.com/article/israel-palestinians-gaza-amas-war-c8b4fc20e4fd2ef381d5edb7e9e8308c>

10 https://www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.33_GC-IV-EN.pdf

11 <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20230120-pre-01-00-en.pdf>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de